



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/VIII/26 - 31.1.1953

Hinweise
auf den Inhalt:

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 37654-59
Fernschreiber 039890

Kanzler-Hilferuf an den USA-Außenminister	S. 1
KP-Wahlmethoden in Österreich	S. 3
Widerstand gegen Wahlgesetzentwurf wächst	S. 4
<u>Anhang:</u> Kommuniqué des Parteivorstandes über die Sitzung am 30. und 31.1.1953	

Dulles auf Inspektionsreise

ae. Die Periode der amerikanischen Passivität auf dem Gebiete der Außenpolitik geht nun ihrem Ende entgegen. Knapp zwei Wochen nach seiner Amtsübernahme hat sich der neue amerikanische Außenminister Dulles mit dem Leiter des Amtes für gegenseitige Sicherheit, Stassen, auf eine Erkundigungsfahrt nach Westeuropa begeben, die ihn über Rom, Paris und London auch nach Bonn führen wird. Unmittelbare Entschlüsse sind als Ergebnis dieses Besuches für die nächste Zukunft nicht zu erwarten. Es handelt sich vor allem gewissermaßen um eine Bestandsaufnahme, wobei für die USA die Frage der Aussichten für eine europäische Einigung im Vordergrund steht. "Sollte es sich ergeben", ließ sich Dulles vor seiner Abfahrt vernehmen, "daß keine Aussicht besteht, eine echte Einigung zu erzielen und sollten insbesondere Frankreich, Deutschland und England ihre eigenen Wege gehen, dann würde es auf jeden Fall notwendig werden, Amerikas Außenpolitik in Bezug auf Westeuropa zu überdenken... Wir werden beobachten und zuhören. Aber festlegen werden wir uns in keiner Weise".

Herr Dulles, dessen Rede in Frankreich heftige Abwehr auslöste, weil viele Franzosen in ihr eine Herausforderung ihres Nationalgefühls erblickten, sprach von einer "echten Einigung",

was nach dem gesunden Menschenverstand wohl nur bedeuten kann, daß für die amerikanische Europapolitik die Tragfähigkeit und Dauerhaftigkeit der gegenwärtigen europäischen Einigungsversuche ausschlaggebend ist. Diese Tragfähigkeit wird von vielen, und nicht nur von der deutschen Opposition, in Frage gestellt - nur vom deutschen Bundeskanzler nicht. Er hat sich in seinem letzten Interview, sozusagen als Auftakt zum Dulles-Besuch, wieder einmal einseitig festgelegt und von vornherein jede Chance anderer Lösungsmöglichkeiten verneint. Er gibt vor, besser als die Amerikaner selbst über ihre Europaabsichten und -pläne unterrichtet zu sein. Drohend zaubert er vor einem düsteren Hintergrund das Gespenst eines völligen amerikanischen Rückzugs aus Westeuropa herauf, mit Verteidigungslinien an den Pyrenäen oder sogar außerhalb Europas. Bei der zweiten Lesung über die Ratifizierung der Westverträge war kein Regierungssprecher imstande, etwas, und sei es nur in den allgemeinen Grundlinien, über die strategisch-politische Konzeption der Westmächte zu sagen.

Dr. Adenauer ging noch einen sehr ungewöhnlichen Schritt weiter. Er forderte geradezu die Hilfe des neuen amerikanischen Außenministers gegen die deutsche Opposition, wenn er sinngemäß sagte, ihm glaube man ja leider nicht, vielleicht werde sich Mr. Dulles besser durchsetzen können. Es ist sehr fraglich, ob der amerikanische Außenminister gewillt ist, einen solchen ihm vom deutschen Bundeskanzler zugemuteten Auftrag auszuführen. Mr. Dulles kommt als Vertreter eines mächtigen Staates, ihn von vornherein als Schützenhilfe für die Regierung beanspruchen zu wollen, zeugt von einer peinlichen nationalen Taktlosigkeit.

Als gründlicher Kenner der europäischen und auch deutschen Verhältnisse und selbständig denkender Mann ist Dulles wohl in der Lage, sich selbst ein Bild von den Überlegungen und schweren Sorgen machen zu können, die im deutschen Volke über die schwerwiegenden Auswirkungen der Westverträge, sollten sie ratifiziert werden, bestehen. Auch die deutsche Opposition erstrebt die europäische Zusammenarbeit. Es muß aber eine Zusammenarbeit von gleichwertigen und gleichberechtigten Partnern sein, die um eines kaum noch fragwürdigen Experimentes willen nicht deutsche Lebensinteressen opfert.

Die falschen Hunderter

O.R.-Wien, Ende Januar

Am 22. Februar wählt Österreich sein neues Parlament. Der am 7. Januar eröffnete Wahlkampf verläuft bisher unerwartet ruhig. Der Aufruf des Bundespräsidenten an die Österreicher, "fest und mannhaft zu ihrer Meinung zu stehen, ohne aber durch einen bedenkenlos und mit persönlicher Verbitterung geführten Wahlkampf die Zusammenarbeit aller Aufbauwilligen zu gefährden", wurde beherzigt. Den Wahlparolen, die sich hauptsächlich mit wirtschaftlichen Argumenten beschäftigen, fehlt die Schärfe und vielleicht auch die Schlagkraft. Wirtschaftliche Probleme lassen sich nicht leicht zu politischer Kleinmünzerei verwenden. So sind die Auseinandersetzungen zwischen den beiden Großparteien, den Sozialisten, die bisher 67 Sitze im Nationalrat innehatten, und den Volksparteilern, die um zehn Mann stärker vertreten waren, verhältnismäßig sachlich verlaufen.

Nur die Kommunisten geben immer wieder Zeichen ihrer Nervosität. Kein Wunder: Sowjetrußland und die Satelliten bieten ihnen in der letzten Zeit kein gutes Propagandamaterial. Die KPÖ-Nervosität dürfte nicht zuletzt darauf zurückgehen, daß die Wünsche der Besetzermacht in Ostösterreich nach erfolgreichen Aktionen kaum erfüllt werden konnten. So mußten sich die Russen oft zum helfenden Eingreifen im Sinne der KP entschließen, was der Sache ebenfalls nicht dienlich war. Denn keine Partei, die sich auf den Einfluß einer ausländischen Macht stützt, genießt Ansehen.

Wohl aber kann sie Furcht erwecken. Man muß mit Leuten in der österreichischen Ostzone gesprochen haben, um zu erfassen, mit welchen gemischten Gefühlen sie dem 22. Februar und der Zeit vorher entgegensehen. Noch weiß niemand, zu welchen Mitteln die von den Besetzern geschützten Kommunisten greifen werden, um ihre bedrängte Lage zu bessern. Wohl haben sie bei der Bundespräsidentenwahl (1951) über 220000 Stimmen für ihren Kandidaten Fiala erhalten; gegenüber der Nationalratswahl von 1949 bedeutet dies eine Zunahme um 7000. Es ist anzunehmen, daß ihr Reservoir nicht wesentlich zurückgehen wird. Aber sie befinden sich insofern in einer unangenehmen Position, als durch die

Westwanderung von Mandaten und der Erhöhung der Wahlzahlen in der Ostzone die Gefahr besteht, daß sie das Grundmandat nicht mehr erreichen. Hier muß der Terror einsetzen. Man bringt die Beschlagnahme der Gummiknüppel in der sowjetischen Zone mit den Aufgaben in Verbindung, die kommunistische Terror-Trupps bei Wahlversammlungen nichtkommunistischer Parteien zu erfüllen haben werden. Wie soll die Gendarmerie die Ordnung gewährleisten, zumal ihr gerade in solchen Fällen die Hände gebunden sind.

Die Täuschung der Harmlosen bis zum offensichtlichen Betrug gehört zum Propagandaeinkaufs der KP. Sie tritt nicht unter ihrem eigenen Namen in den Kampf. Heuer nennt sie sich "Volksopposition". Seit neuestem betätigt sie sich auch als Goldfälscher.

Sie hat ein besonders geschicktes Manöver gestartet. Da kommt ein Mann in einen Zigarrenladen, Trafik nennt man das in Österreich, und kauft eine Schachtel "Donau"-Zigaretten. Er bezahlt mit einer Hundertschillingnote, die Trafikantin gibt ihm heraus und bemerkt später, dass die Note ein Flugblatt der Volksopposition darstellt, das wie die Polizeidirektion feststellte, "auf den ersten Blick in Grösse und Aufmachung täuschende Ähnlichkeit mit einer österreichischen Hundertschillingnote aufweist". Den Betrüger erwischte man nicht. Im Laufe weniger Stunden waren mehrere Personen und Geschäftsleute der vornehmen Wahlpropaganda der KPÖ aufgesessen. "Wer einen Staat vernichten will, vernichte zuerst dessen Währung", hat Lenin gepredigt. Die österreichischen Kommunisten haben im Kleinen begonnen, seine Lehre zu befolgen. Die Hersteller der gut gelungenen Fälschung werden bald hinter Schloss und Riegel sitzen.

+ + +

In ersten Anlauf gescheitert

F.B. Auf jener Pressekonferenz, auf der Bundesinnenminister Dr. Lehr seinen Wahlgesetzesentwurf als "fairer und demokratischer" Verfahren bezeichnete, wies er es weit von sich, dass das Gesetz der Zustimmung des Bundesrates bedürfen könnte. Es hat nicht überrascht, da das Empfinden für Kompetenzüberschreitungen bei der Bundesregierung

stark ausgeprägt ist, dass der Bundesrat anders entschieden hat. Es ist auch nur als folgerichtig empfunden worden, dass der Rechtsausschuss und der innenpolitische Ausschuss des Bundesrates den "fairen" Entwurf in seinen Hauptpunkten, so die Einführung der Hilfsstimme, als verfassungswidrig abgelehnt hat. Die endgültige Entscheidung des Plenums des Bundesrates liegt, angesichts der Abstimmungsverhältnisse in den Ausschüssen, bereits fest. Ausser dem getreuesten Trabanten der Bundesregierung, Rheinland-Pfalz, wird sich im Bundesrat kein Finger für diese Wahlgesetz-Missgeburt rühren, denn selbst der sonst nicht minder linientreue Herr Lübke aus Schleswig-Holstein sollte diesmal an seinem BHE-Koalitionspartner scheitern, der bereits recht deutlich gedroht hat.

Besonders empfindlich hat die Wahlstrategen der Bundesregierung getroffen, dass die gesamte deutsche und auch ausländische Presse das Wahlmachwerk eindeutig abgelehnt hat. Nur zwei Zeitungen in der ganzen Bundesrepublik haben an dem Entwurf nichts auszusetzen gehabt: Der Düsseldorfener "Industrie-Kurier", der den Entwurf damit verteidigte, dass durch ihn eine "effektive Demokratie" erreicht werde, wobei die Zeitung weniger an die Demokratie als den Effekt, nämlich eine vorauszubestimmende Mehrheit im Sinne der Wirtschaftsauffassung des "Industrie-Kuriere" dachte. Die zweite Zeitung, die für den Entwurf eintrat, war der "Rheinische Merkur", der den Adenauer'schen Hofschreiber Paul Wilhelm Wenger nach vielen Verrenkungen zu dem Schluss kommen lässt, dass eine indirekte Mehrheitswahl besser als gar keine wäre.

Wengers Betrachtungen sind aber auch in anderer Beziehung sehr aufschlussreich. Er meint, dass es an der SPD und FDP liege, die Mehrheitswahl einzuführen, wobei offenbar aufgefordert wird, für den Entwurf des CDU-Abgeordneten Wermeling zu stimmen. Es scheint nun wirklich an der Zeit zu sein, klarzustellen, dass der Entwurf von Wermeling alles andere als ein Mehrheitswahlrecht ist. Er ist lediglich ein anderes getarntes Verfahren der Listenverbindung in Wahlkreisen und er hat mit der Mehrheitswahl nur insoweit etwas zu tun, als er schon vorher eine Adenauer-Mehrheit aushandeln will.

Für diesen Entwurf könnte sich Herr Wenger vom "Rheinischen Merkur" noch erwärmen, von einem echten Mehrheitswahlrecht hält er hingegen nichts. Er schreibt:

"Ob die reine Mehrheitswahl in dieser Zeit, wo alles nach einer grossen Regierungsbasis schreit, nicht zum grössten Wählerbetrug missbraucht wird - nämlich zur Bildung einer Superkoalition der beiden Hauptsieger, die dann ohne echte Kontrolle und ohne wirksame Opposition doch den Rückmarsch nach Weimar antreten würden?"

Diese Warnung ist deutlich und an den linken Flügel der CDU und an den liberalen der FDP gerichtet, die vielleicht doch mit der SPD eine Koalition eingehen können. Dagegen bietet die reine Mehrheitswahl natürlich keine Sicherheit, während der Hilfsstimmentwurf von Lehr in dieser Beziehung Garantien schafft, weil man durch die Aufteilung der vermeintlichen Beute aneinandergekettet wird.

Diese "indirekte Mehrheitswahl" aber ist schon im ersten Anlauf gescheitert und wird auch an den nächsten Hürden und am Ziel disqualifiziert werden. Darum ist es das Beste, man folgt sofort dem Vorschlag des innenpolitischen Ausschusses des Bundesrates und der SPD: Neuwahl des Bundestages nach dem Wahlgesetz von 1949.

Gefahr des Neofaschismus

Entschließung des Parteivorstandes

Die Bundesregierung hat bisher nichts Entscheidendes zur Aufdeckung und wirksamen Bekämpfung antidemokratischer Umtriebe rechtsradikaler Gruppen und Bünde getan. Statt notwendiger Maßnahmen dieser Art hat sie im Gegenteil durch ihr aktives und passives Verhalten das Eindringen solcher Elemente in politische, wirtschaftliche und amtliche Positionen ermöglicht.

Besonders beunruhigend ist die Einschaltung antidemokratischer Elemente in

die Partei- und Propaganda-Apparate von Regierungsparteien;
in Tarnorganisationen, die von Bundesministerien ohne Unterrichtung des Bundestages und der Öffentlichkeit gebildet oder unterstützt werden;

und die materielle und publizistische Hilfe, die solchen Elementen aus Kreisen der Industrie, der Banken und der Regierungskoalition gewährt wird.

Dieser für Ansehen und Bestand der deutschen Demokratie unerträglichen Entwicklung muß ein Ende gemacht werden.

Der Vorstand der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands fordert mit Nachdruck von der Bundesregierung eine sofortige, sorgfältige und umfassende Untersuchung dieser Vorgänge und Entwicklungstendenzen vorzunehmen.

+ + +

Kommuniqué des Parteivorstandes der SPD
über die Sitzung am 30. und 31. Januar in Bonn

Der Vorstand der SPD beschäftigte sich am Sonnabend, dem 31. Januar, eingehend mit der Stellungnahme der SPD in den bevorstehenden internationalen Gesprächen. Die Aussprache schloß sich an Informationen des Parteivorsitzenden über die letzte politische Entwicklung an.

Am Freitag hatte Herbert Wehner über die Januar-Tagung des Montan-Parlamentes in Straßburg und die Vorbereitungen zur Eröffnung des gemeinsamen Marktes für Kohle usw. am 10. Februar berichtet. Seine Darlegungen waren von der ernstesten Sorge um die praktischen Auswirkungen des Vertrages über die Europäische Kohle- und Stahlgemeinschaft für die Bundesrepublik und insbesondere die deutschen Arbeitnehmer beherrscht.

Immer klarer bestätigte sich die Richtigkeit der Befürchtungen, daß die Interessen der deutschen Wirtschaft und vor allem der arbeitenden deutschen Bevölkerung durch die Praxis der Montan-Union zugunsten der anderen Partner und in erster Linie der französischen Stahlindustrie benachteiligt werden. Erhebliche Bedenken erhob Wehner insbesondere im Hinblick auf die zu erwartende Kredit-Politik. Es bestehe, so sagte er, die große Gefahr, daß die Montan-Union in eine Erz-Abhängigkeit von den beim Vertragsabschluß privilegierten französischen Kolonialgebieten kommt, ein Aspekt, den man bisher immer wieder übersehen habe.

Über die letzte Tagung der Beratenden Versammlung des Europarates sprach Carlo Schmid. Sie sei völlig von der vorangegangenen Tagung des Parlamentes der Montan-Union überschattet gewesen. Ihre Hauptvorlage habe sich darauf bezogen, in welchem Verhältnis der Europarat künftig zum Einflußbereich und zu den Einrichtungen der Montan-Union und auch zu der von der Sonderversammlung vorbereiteten europäischen politischen Behörde stehen solle.

Über Saarbesprechungen zwischen Vertretern der SED und der Sozialistischen Partei Frankreichs berichtete Fritz Heine. Er teilte mit, daß beide Parteien in der nächsten Zeit getrennte Expertenvorschläge über wirtschaftliche und politische Lösungsmöglichkeiten des Saarproblems ausarbeiten werden. Man werde versuchen, sie in einer neuen Aussprache aufeinander abzustimmen.

Einen Rückblick auf die kürzliche große Sozialpolitische Tagung der SPD in Hannover gab der stellvertretende Vorsitzende der Partei, Wilhelm Mellies. Diese Veranstaltung ist, wie er feststellte, für die Partei insofern ein großer Erfolg gewesen, als sie wirksam dazu beigetragen habe, die Vorstellungen der Partei auf dem ganzen weiten Gebiet der Sozialpolitik einem sehr großen Kreis daran interessierter Menschen näherzubringen und zu erläutern, auch soweit diese der SPD nicht zugehören oder nahestehen.

Mellies gab außerdem Richtlinien zur Gründung von Arbeitsgemeinschaften der selbständig Schaffenden bekannt, die vom Vorstand gebilligt wurden.

Der Vorstand der SPD nahm in einer EntschlieÙung zu der Gefahr antidemokratischer Umtriebe rechtsradikaler Elemente und der mangelnden Aktivität der Bundesregierung gegenüber dieser Gefahr Stellung.

Nach eingehender Aussprache billigte der Parteivorstand eine EntschlieÙung zum Wahlgesetzentwurf des Bundeskabinetts.

Die nächste Sitzung des Parteivorstandes findet am Mittwoch, dem 18. Februar 1953 in Bonn statt.

+ + +

"Entmündigung des Wählers"

Das von der Bundesregierung vorgeschlagene Wahlgesetz läßt trotz seiner Verworrenheit und Unklarheit eindeutig die Absicht der Regierung erkennen, ihre Machtposition zu verewigen. Mit einem schlecht verhältnissen Trick und unter Verletzung der Verfassung versucht die Regierung dem Urteil der Wähler über ihre Politik zu entgehen. Durch die ungleiche Verrechnung der sogenannten Hilfsstimme und durch verschiedene Systeme von Listenverbindungen werden die Wählerstimmen unterschiedlich bewertet und die jetzigen Regierungsparteien bevorzugt.

Mit Hilfe einer Neuabgrenzung der Wahlkreise durch die gegenwärtige Bundestagsmehrheit soll das künftige Wahlergebnis zum großen Teil schon jetzt zugunsten der augenblicklichen Regierungsparteien vorweggenommen werden.

Die SPD hat den Bundeskanzler ernstlich gewarnt, das innerpolitische Leben der nächsten Monate nicht auch noch mit einer Debatte über Wahlsysteme zu belasten und die innerpolitischen Spannungen durch Wahlen unter partei egoistischen Gesichtspunkten zu erhöhen.

Der Vorstand der Sozialdemokratischen Partei stellt mit Befriedigung fest, daß die deutsche Öffentlichkeit diese Versuche der Regierung als einen Versuch zur Entmündigung des Wählers ablehnt. Die SPD hat das Recht und die öffentliche Meinung auf ihrer Seite, wenn sie diesen Versuchen mit allen Mitteln entgegentritt.

Die SPD fordert ein klares, jedem Staatsbürger verständliches Wahlgesetz, bei dem jeder Wähler weiß, was mit seiner Stimme geschieht. Sie fordert daher, daß der neue Bundestag nach dem gleichen Wahlgesetz gewählt wird wie der bisherige Bundestag.

+ + +
